

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

26.8.1930 (No. 197)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
I. B.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Regulardruck: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Minderholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Sparprogramm des Reiches Starke Einschränkungen für 1931

Das Reichskabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen mit den Richtlinien einer Finanzreform, einer Neuordnung des Finanzausgleichs und der Aufstellung des Etats für 1931 befaßt hat, hofft, wie die „Voss. Zeit.“ meldet, diese Besprechungen heute abschließen zu können. Der Haushaltsplan für 1931 soll auf Grund der Erfahrungen, die man bisher mit den Steuereingängen und der finanziellen Wirkung der Vorverordnungen gemacht hat, mit äußerster Vorsicht aufgestellt werden. Reichsfinanzminister Dietrich hat bereits in Aussicht gestellt, daß die Ausgaben im kommenden Jahre noch mehr gedrosselt werden sollen. Die Einnahmen sollen so angelegt werden, daß selbst bei einer Fortdauer der schlimmen wirtschaftlichen Konjunktur mit dem Eingang der veranschlagten Summe gerechnet werden darf. Es handelt sich zunächst nur um die Festlegung der Grundzüge, nach denen bei der Aufstellung des nächstjährigen Etats verfahren werden soll. Die Ausarbeitung des Haushaltsplanes soll danach im Reichsfinanzministerium erfolgen.

Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt aus Berlin noch folgendes: Wahrscheinlich wird der Reichsfinanzminister noch vor den Wahlen Gelegenheit nehmen, seine Pläne wenigstens im Grundriß der Öffentlichkeit mitzuteilen. Nach den Angaben, die er letzten Freitag machte, glaubt er fürs erste, bis zum Ende des Jahres von Resten der durchschmittlichen Arbeitslosen von 1,6 Millionen rechnen, auf die sich der Etat aufbaut, und obwohl er schon jetzt Steueransätze in der Größenordnung von etwa 300 Millionen Markt voraussetzt. Sollte er tatsächlich imstande sein, im Herbst auf eine neue Sanierungsvorlage für den laufenden Etat zu verzichten, dann würde doch das Haushaltsjahr sicher mit einem rechnerischen Fehlbetrag von einigen Hundert Millionen abschließen. Er fiele nach der Haushaltsordnung erst dem Jahre 1932 zur Last, wenn man ihn nicht schon im nächsten Jahre abhürden will. In jedem Falle würde er die kommenden Etats belasten und insofern die Steuerentlastungsmöglichkeiten beeinträchtigen. Die Beratung des Kabinetts dürfte sich in erster Linie mit der Frage beschäftigen, wie, etwa durch Umschichtung des Ausgaben- und Steuerbedarfs, entsprechende Beträge zur Entlastung der Steuerzahler freigegeben werden können. In engem Zusammenhang damit steht die Reform des Finanzausgleichs, zu dessen Vorbereitung mit Hilfe des Steuerbereinigungsgesetzes der Finanzminister in der Vorverordnung wichtige Vollmachten erhalten hat. Die Tendenz ist hier offenbar, die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der verschiedenen öffentlichen Körperschaften klar abzugrenzen, wobei die Neuerungen, die die Vorverordnung gebracht hat, übernommen werden sollen. Schließlich gehört zu dem Finanzprogramm auch die Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der Arbeitslosenversicherung, wobei der Regierung als Ziel vorschweben dürfte, den Etat in irgendeiner Form von dem Unsicherheitsfaktor der Zuschußpflicht freizumachen, der alle Berechnungen auf der Ausgaben Seite immer wieder über den Haufen wirft.

Die Lohnfrage im Ruhrbergbau Neue Verhandlungen am 4. September

In den am Montag in Essen begonnenen Verhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergarbeiterverbänden über den Ruhrabbau, der eine Preisermäßigung der Ruhrkohle ermöglichen soll, forderte und begründete der Bergarbeiterverband eine Lohnsenkung um 10 Proz. Die Gewerkschaften lehnten die Forderung ab und verlangten demgegenüber eine Lohnerhöhung von 50 Pf. auf den tariflichen Schichtlohn. Eine Einigung zwischen den Parteien war nicht zu erzielen. Im Anschluß daran eröffnete der Schlichter die Einigungsverhandlungen. Mit Rücksicht darauf, daß beide Parteien noch weiteres statistisches Material vorbereiten wollen, wird der Schlichter zur Fortsetzung der Lohnverhandlungen auf den 4. September vormittags einladen. Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Essen gemeldet wird, ist am 4. September in jedem Fall mit einer Entscheidung zu rechnen, die wohl in dem Sinne ausfallen wird, daß die Löhne für weitere drei Monate, also bis Ende dieses Jahres, unverändert bleiben. Die endgültige Entscheidung wird von der Überzeugungskraft des Materials abhängen, das die Parteien dem Schlichter bis dahin vorlegen sollen. Der aufgelauchte starke Widerstand des Bergarbeiterverbandes gegen die Möglichkeit einer provisorischen Verlängerung des alten Tarifs um drei Monate geht auch wohl auf die Befürchtung zurück, daß in der Zwischenzeit von der Reichsregierung im Rahmen ihrer Preisabbaubestrebungen auch vom Ruhrkohlenprodukt ein Preisabbau erzwungen werden könnte. Die Gewerkschaften vertreten ihren Standpunkt, daß dem Ruhrbergbau auch ohne gleichzeitige Lohnsenkung bei gutem Willen eine sofortige Preisberichtigung möglich sei. Die von den Gewerkschaften aufgestellte Forderung — wohl mehr faktisch als ernst gemeint — den Schichtlohn um 50 Pf. zu erhöhen, würde eine Lohnsenkung um 5 Prozent bedeuten.

Belastung der Städte durch Unterfütterung der Wohlfahrts-erwerbslosen. Der Reichsstadtebund untersucht zur Zeit die Höhe der Belastung der Städte durch Wohlfahrts-erwerbslose und Kräfteunterstützte im Rechnungsjahr 1929. Nach den bisher vorliegenden Angaben von nahezu 500 Städten mit bis zu 25 000 Einwohnern sind die Fürsorgeausgaben 1929 um etwa 18 Proz. höher gewesen als in den Etats vorgesehen war. Dieser Ausgabensteigerung stand eine Steigerung der Einnahmen um rund 16 Proz. im Vergleich zu den Voranschlägen gegenüber.

Letzte Nachrichten

Sitzung des Reichskabinetts Beratung finanzieller Fragen

M. Berlin, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Die wir erfahren, ist das Reichskabinett heute vormittag um 11 Uhr zusammengetreten. Beratungsgegenstand ist die Finanzreform. Unter anderem soll geprüft werden, welche Vereinfachungen im Steuerwesen möglich sind. Auch ist die Aufstellung des Etats für 1931 zu erledigen. Abstriche, wie sie die Blätter voraussagen, sind beabsichtigt, jedoch ist über Art und Höhe noch nicht entschieden. Es wird damit gerechnet, daß das Kabinett seine Besprechungen, von einer kurzen Mittagspause abgesehen, bis zum Abend fortsetzt.

Es ist möglich, jedoch nicht sicher, daß die Beratungen des Reichskabinetts bereits heute Abend zu einem Ergebnis führen.

M. Berlin, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Der „Vorwärts“ behauptet heute, daß im Reichskabinett beabsichtigt sei, die Lohnsteuer zu erhöhen und die Lohnsteuerrückzahlungen zu beseitigen. An zuständiger Stelle wird erklärt, daß an dieser Meldung nicht ein wahres Wort ist. Auch andere Kombinationen in der Presse werden amtlich mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. So unter anderem die Meldung, daß die Hauszinssteuer für Staatszwecke benutzt werden soll, und daß man das Bauprogramm auf anderem Wege finanzieren wolle. Das gleiche gelte auch für die Nachricht, daß ein Teil der Hauszinssteuer an die Gemeinden überwiehen werden solle, um eine Senkung der Gewerbesteuern zu ermöglichen. Dagegen hören wir aus guter Quelle, daß die Frage der Neuveranlagung zur Vermögensteuer, die ja von großen Kreisen der Wirtschaft seit langem dringend gefordert wird, zu den Programmpunkten des Reichskabinetts gehört und mit äußerster Beschleunigung durchgeführt werden soll.

Das Überfliegen Kehler Gebiets

Ein rumänisches Geschwader?

M. Berlin, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Zu dem Überfliegen der deutschen Grenze bei Kehl durch französische Militärflieger erfahren wir, daß es sich nach den bisherigen Feststellungen um ein rumänisches Geschwader handeln könne, das die Erlaubnis dazu vorher eingeholt hatte. Es sollte am 20. August Straßburg verlassen. Um die entsprechende Zeit wurde auch gemeldet, daß im schlesischen Kreis Sls ein Flugzeuggeschwader die Gegend passierte, bei dem einwandfrei festgestellt wurde, daß es die Rumänen waren.

Die Bombenattentate vor Gericht

W. B. Altona, 26. Aug. (Tel.) Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen die sogenannten holländischen Bombenleger. Die Anklage richtet sich gegen 21 Personen. Bislang sind etwa 60 Zeugen allein durch die Staatsanwaltschaft geladen. Die Zahl der Zeugen dürfte sich im Laufe der Verhandlungen vermehren. Man rechnet mit einer Prozeßdauer von etwa vier Wochen. Die Anklage lautet im wesentlichen auf Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes.

Englische Einladung an Deutschland

Eine deutsch-englische Kohlenkonferenz

W. B. London, 26. Aug. (Tel.) „Daily Herald“ meldet: Das Arbeitsministerium hat Vertreter Deutschlands zu einer im nächsten Monat abzuhaltenden Konferenz in London eingeladen, um über die Frage der Arbeitszeit in den Bergwerken zu verhandeln, in der auf der im übrigen erfolgreichen Genfer Besprechung keine Einigung erzielt werden konnte. Es verlautet, daß die Gelegenheit vielleicht auch dazu benutzt werden wird, um eine Vereinbarung über den internationalen Marktplan zu erörtern. Der Bergbauamtsekretär Shimwell und die hohen Beamten des Bergbauamtes glauben, daß ein Abkommen über die Arbeitsstunden nur dann in Anwendung treten kann, wenn es von einem Plan zur Regelung des Kohlenhandels auf den Exportmärkten begleitet ist. Die britischen Bergwerksbesitzer sind zwar noch nicht genug organisiert, um bestimmte Pläne aufzustellen, aber die hervorragendsten unter ihnen sehen ein, daß das Problem in Angriff genommen werden müsse. Die neue Bergwerksakte wird die Grubenbesitzer zwingen, den Inlandmarkt zu organisieren, und daraus könnte sich dann eine Organisation entwickeln, die das internationale Problem behandelt.

Senator Clementel erkrankt

W. B. Paris, 26. Aug. (Tel.) Der ehemalige Minister, Senator Clementel, ist gestern auf einer Autofahrt vom Sonnenfeld getroffen worden. Bei der Ankunft in Clermont wurde er auf die Präfektur gebracht. Sein Zustand soll sehr ernst sein.

Die Verkehrsinflation und ihre Gefahren

Von Heinz Berger

Der Jahresbericht der Berliner Verkehrsgesellschaft über ihr zweites Geschäftsjahr zeigt deutlich, wie sehr Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit dieses größte deutsche Verkehrsunternehmen in Mitleidenschaft gezogen haben. Obwohl man die Fahrpreise mehrfach erhöhte, reichen heute die Einnahmen nicht mehr aus, um die notwendigen Betriebsausgaben zu decken. Der Bericht zeigt aber auch, daß der Verminderung des Verkehrs eine übermäßig starke Ausdehnung der Verkehrswege und Vermehrung der Verkehrsmittel vorausgegangen ist. In einem einzigen Jahre ist das Liniennetz der Straßenbahn von 1603 auf 1688 Kilometer, das Omnibusnetz von 339 auf 420 Kilometer und das Untergrundbahnetz auf 64,4 Kilometer gewachsen. Bei allen Verkehrsinstitutionen ist ferner der Wagenpark erheblich vergrößert worden, weil man mit einer weiteren Steigerung des Verkehrs rechnete. Als dann infolge der Wirtschaftskrise eine plötzliche Abnahme des Verkehrs eintrat, geriet die Berliner Verkehrsgesellschaft in größere Finanzschwierigkeiten. Die Schulden waren in unerträglicher Weise angewachsen, und ihre Verzinsung legte dem Unternehmen gewaltige Lasten auf, während die Einnahmen trotz aller Tarifserhöhungen zurückgingen.

Dabei war in Berlin die Verkehrsentwicklung bisher noch immer verhältnismäßig günstig oder jedenfalls weniger ungünstig als in anderen Großstädten. Im Monat Mai dieses Jahres betrug der Verkehrsrückgang in Berlin im Vergleich zum Vorjahr immerhin nur 10,60 Prozent, dagegen in Dresden 13,25 Prozent in Düsseldorf 11,02 Prozent, in Frankfurt a. M. 21,41 Prozent und in Leipzig sogar 34,76 Prozent. Die Verkehrsminde rung hat also in einigen Großstädten bereits einen sehr bedenklichen Umfang angenommen. Dieser Entwicklung muß sich aber die Verkehrspolitik selbstverständlich anpassen. Es geht nicht an, daß die Städte in einer Zeit sinkenden Verkehrs ihre Verkehrsnetze fortgesetzt ausbauen. Wohin sie dabei gelangen, zeigt die Tatsache, daß die Berliner Verkehrsgesellschaft heute nicht weniger als 700 Millionen Schulden hat, die sie nun in einer Zeit sinkender Verkehrseinnahmen und hoher Zinssätze verzinsen muß.

Eine andere Ursache der kommunalen Finanzschwierigkeiten Berlins ist eine Verkehrspolitik, die systematisch die teureren Verkehrsmittel, wie Untergrundbahnen und Omnibusse, auf Kosten der billigeren Straßenbahnen bevorzugte. Wenn in dieser Hinsicht auch in der Reichshauptstadt am meisten und am offenkundigsten gesündigt worden ist, so ist doch auch in vielen anderen deutschen Städten festzustellen, daß man das Tempo der Verkehrsentwicklung vielfach übersteigert hat, und daß infolgedessen eine Verkehrsinflation entstanden ist, die sich unter Umständen für die städtischen Finanzen nicht weniger rücksichtslos auswirken kann als irgendeine andere Inflation. Man hat fast überall in Deutschland die Verkehrsmittel und die Verkehrswege in einem Tempo ausgebaut, mit dem die Verkehrszunahme schließlich nicht mehr Schritt halten konnte. Die verantwortlichen Stellen schienen vielfach überzeugt zu sein, daß der Verkehr immer weiter und in ungemessener Weise zunehmen werde, und daß man diese Entwicklung am besten fördern könne, wenn man nur immer mehr, immer modernere und immer bequemere Verkehrsmittel schuf. Als dann infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise, der umfangreichen Erwerbslosigkeit, der zahlreichen Stilllegungen von Fabriken der Verkehr zurückging, und damit auch die Verkehrseinnahmen sich verminderten, mußten überall finanzielle Schwierigkeiten eintreten, am meisten natürlich dort, wo man am großzügigsten und am verschwenderischsten auf dem Gebiete des Verkehrsausbauens gewirtschaftet hat.

Es ist selbstverständlich, daß der Bau neuer und die Ausgestaltung der bestehenden Verkehrsmittel im allgemeinen mit dem Bedarf und seiner allmählichen Zunahme Schritt halten muß. Aber man hat vielfach geglaubt, den Verkehr durch Schaffung neuer und besserer Verkehrsmittel gewissermaßen anzuregen zu müssen. Man hat nicht selten dort Straßenbahnen, Omnibuslinien usw. gebaut, wo noch gar kein ausreichender Verkehr vorhanden war. Man wollte der Verkehrsentwicklung vorausschreiten und glaubte sogar, durch Bau neuer Straßenbahn- und Omnibuslinien das Siedlungsweesen in den Außenbezirken der Städte und in ihrer Umgebung fördern zu können. Das ist natürlich theoretisch auch ganz richtig gedacht. Man kann in Gegenden, die vom Stadtkern sehr weit entfernt sind, billige Wohnungen bauen und dann durch Schaffung guter Verkehrseinrichtungen für diese Wohnungen auch Mieter finden. Aber was man hier vielleicht bei dem Wohnungsbau erspart, das setzt man dann bei dem Bau der Verkehrseinrichtungen oft zehnfach und hundertfach zu. Nicht selten sind im Dienste der Förderung des Siedlungsweesens Straßenbahn- und Omnibuslinien errichtet worden, obwohl der Verkehr noch jahrelang nicht ausreichen wird, um die Zinsen für die Anlagelasten decken zu können. Eine

solche Verkehrspolitik mag fortschrittlich erscheinen, sie mag auch in Zeiten finanziellen Überflusses geeignet sein, die Verkehrsentwicklung zu beschleunigen. Aber sie muß in Zeiten finanzieller Nöte zu einer schweren Gefahr für alle diejenigen Gemeinden werden, die mehr Geld in ihre Verkehrsbauten investiert haben, als sie nunmehr bei rückgängigem Verkehr verdienen und tilgen können. Vielleicht wird hier und da diese inflationistische Verkehrspolitik sich in späterer Zeit einmal gut bezahlt machen. Aber zunächst wird man Jahre hindurch unter den finanziellen Kalamitäten schwer leiden. Wir leben aber in einer Zeit, in der die Wirtschaft ohnehin unter den steuerlichen und sonstigen Lasten zusammenzubrechen droht. In einer solchen Zeit eine Verkehrspolitik zu treiben, die erst unseren Kindern und Enkeln zugute kommen wird, ist nicht zu rechtfertigen. Vielleicht werden spätere Zeiten das, was sie brauchen, sich weit billiger und vor allem mit billigeren Geldern bauen können. So richtig es ist, in guten Zeiten für schlechtere vorzusehen, so gefährlich ist es, in Notzeiten die ohnehin zu knappen volkswirtschaftlichen Kapitalien in Verkehrsbauten festzulegen, die sich heute und in den nächsten Jahren noch nicht rentieren können.

Die bösen Erfahrungen, die man in Berlin und in anderen Großstädten in den letzten Monaten mit der Überforderung des Verkehrsfortschritts gemacht hat, werden hoffentlich die Steuerzahler überall veranlassen, gegen eine unzeitgemäße Verkehrs-inflation rechtzeitig Front zu machen.

Neue Vorschriften über die Kontrolle der Versicherungs-gesellschaften

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat eine Rundverfügung an alle unter Reichsaufsicht stehenden inländischen Lebens-, Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Hagel-, Sach- und Rückversicherungsunternehmen erlassen, in der Auf-lagerung erteilt werden, die sich als Ergänzung oder Änderung der Rechnungsvorschriften darstellen.

Nach der Rundverfügung haben alle Unternehmen künftig dem Reichsaufsichtsamt gesamtjährliche Verpflichtungen, Bürgschaften, Wechsel, Garantien oder sonstige ähnliche Haftungsverhältnisse anzuzeigen. In dem zu veröffentlichenden Jahresbericht müssen künftig alle Unternehmen — auch die Rückversicherungsunternehmen — Wertpapiere und Beteiligungen angeben, und zwar zusammengefaßt nach acht in der Verfügung des Reichsaufsichtsamtes genau abgegrenzten Gruppen. Für den zu veröffentlichenden Jahresbericht ist gegenüber den Angaben, die dem Reichsaufsichtsamt selbst zu machen sind, eine gewisse Vereinfachung zugestanden.

Die Genfer Konferenz über den Banerropa-Plan

Genève, 26. Aug. (Tel.) Bisher haben 15 Staaten auf Briand's Vorschlag, die Europakonferenz am 8. und 9. September in Genf abzuhalten, zustimmend geantwortet und mitgeteilt, daß sie durch ihre Außenminister dort vertreten sein würden. Die Beratungen der Konferenz werden an den Nachmittagen des 8. und 9. September stattfinden, während die Vormittage den Sitzungen des Völkervertrages vorbehalten bleiben.

Das Bombenattentat in Kalkutta

Kalkutta, 25. Aug. (Neuer.) Bei dem gemeldeten Bombenattentat auf den Polizeidirektor von Kalkutta, Sir Charles Tegart, ist einer der Täter ums Leben gekommen. Ein anderer Täter, der ebenfalls verhaftet war, wurde von der Polizei verhaftet. Am Mittwoch wurden in einer Studentenherberge fünf Studenten und zwei andere Personen verhaftet. In einem der durchsuchten Häuser soll eine Liste mit den Namen der Mitglieder einer terroristischen Organisation gefunden worden sein, die Attentate in Kalkutta und ganz Bengalen plante.

Fortführung des Heidelberger Theaters. Der Stadtrat Heidelberg genehmigte vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses den Theatervertrag mit dem Intendanten Gahn wegen Überlassung des Stadttheaters auf drei Jahre, und zwar bis 31. August 1938. Zum 1. April jedes Jahres ist aber auch vorher eine Kündigung möglich. Die Stadt stellt dem Intendanten Theatergebäude, Theaterfundus sowie Heizung und Beleuchtung. Außerdem wird unter bestimmten Voraussetzungen auch das städtische Orchester unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Intendant Gahn soll das Theater auf eigene Rechnung unter seiner selbständigen Verwaltung und eigener Verantwortung führen. Die Beratung im Bürgerausschuß dürfte demnächst stattfinden.

Die dreifache Freilichtspiele werden bald zu Ende sein; nur noch eine Aufführung findet statt. Immer noch findet das interessante Stück, auf das sämtliche Darsteller so glänzend eingespult sind, begeisterte Zuschauer. Die Zahl derer ist nicht gering, die schon zwei-, sogar dreimal, zum Besuch einer Aufführung in Dreifach waren.

Paul Wagner †. In Darmstadt ist Geheimrat Dr. Paul Wagner im 88. Lebensjahre gestorben. Der Verehrte kam am 1. Oktober 1872 an die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Kontrollstation Darmstadt, die er länger als 50 Jahre bis 1928 leitete. Durch seine Forschungen auf dem Gebiete der Pflanzenzucht hat Wagner die Lehren Liebig's weiter ausgebaut, und die sicheren Fundamente für diese Wissenschaft gelegt und sich um die Entwicklung der Kunstdüngermittelindustrie Deutschlands und der Welt die höchsten Verdienste erworben. Er war Mitglied einer Reihe wissenschaftlicher Akademien des In- und Auslandes. Als er am 7. März 1928 seinen 80. Geburtstag feierte, wurde ihm der Adlerorden des Deutschen Reichs verliehen.

Von Chaney †. Der bekannte Filmschauspieler Lon Chaney, der plötzlich schwer erkrankt war, ist in Los Angeles gestorben.

Das Straßburger Stadttheater hat in seinem durch deutsche Stücke bedeutend vermehrten Spielplan des beginnenden Theaterjahres das Elfenlied „Das im Schnoofloch“ von René Schickel, aufgenommen.

Die Bildungsinflation. Gegenüber 78 000 Studierenden im Jahre 1918 wurden im Jahre 1929 nach Dr. Habrich in Deutschland nicht weniger als 124 000 Studierende verzeichnet. Preußen hatte 1911 8036 Abiturienten, 1928 jedoch 21 064. Die Volkshochschulen dagegen, die 1911 9 Millionen Schüler hatten, besaßen 1928/27 nur noch einen Bestand von 6,7 Mill. Die Zahl der Schüler auf den Mittelschulen ist im gleichen Zeitraum von 318 000 auf 268 000 zurückgegangen, die höheren Schulen dagegen haben der Zahl nach um mehr als 600 zugenommen; die Zahl der Schüler ist von 610 000 auf 820 000 gestiegen. Während vor dem Kriege nach dem 8. Schuljahre etwa 5,5 v. H. der Schüler an die höheren Schulen gingen, waren es nach dem Kriege mehr als 20 v. H.

Einzelhandel und Preisabbau

Die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels schreibt uns zu diesem Thema u. a.: Vor kurzem forderte eine politische Frauenorganisation im Rheinland das Reichswirtschaftsministerium auf, eine Preisentlastungsaktion durch Druck auf die letzten Warenverteilungsstufen zu erzwingen, wenn eine freiwillige Herabsetzung der Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Preisen, die der Konsument bezahlen müsse, nicht zu erzielen sei. Ähnliche Forderungen werden auch an anderer Stelle laut, und es dürfte daher nicht unangebracht sein, diesem Thema — ganz leidenschaftslos und möglichst objektiv — einige aufklärende Worte zu widmen:

Zunächst sei festgestellt, was der Verbraucher eigentlich längst bekannt sein mußte: Im Einzelhandel gibt es keine Kartelle wie bei der Industrie, die Preise kraft ihrer Macht festlegen. Im Einzelhandel herrscht ungehemmter, freier Konkurrenzkampf. In einer Zeit scharfer wirtschaftlicher Depression, wie wir sie heute durchleben, hat jeder Einzelhändler das allergrößte Interesse daran, seinen Umsatz zu heben. Dies kann bei der geringen Kaufkraft aber nur dann geschehen, wenn er versucht, billiger zu sein als sein Konkurrent. Jeder Einzelhändler ist also auf allerhöchste Kalkulation, die mit Pfennigen und Bruchteilen derselben rechnet, angewiesen, und es ist nach Lage der Verhältnisse gänzlich unmöglich, durch Abmachungen irgendwelcher Art die Preise zugunsten der Konsumenten künstlich hochzuhalten. Es ist aber auch nicht wahr, daß der Einzelhandel in den letzten Jahren dem aus der Statistik ersichtlichen Preisrückgang der Produktion und des Großhandels nicht gefolgt sei. Eine von zuverlässigster Seite unternommene Umfrage hat ergeben, daß die Preisentlastung im Vergleich zum Vorjahre 10 bis 20 Proz. zum Teil sogar darüber hinaus beträgt. Das schon oben erwähnte starke Anschwellen der Konkurrenz gerade im Einzelhandel zeigt leider nur allzu deutlich, daß viele Geschäftsinhaber in dem Wettstreit, noch weitere Umsatzrückgänge zu vermeiden, in ihrem Preisabbau viel zu weit gegangen sind. Zum Beweis des Preisrückganges allein von 1929 auf 1930 seien hier zunächst einige Zahlen über Lebensmittel genannt, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet halbamtlich zur Erhebung kamen. Danach betragen dortselbst die Preise für

	1929	1930	Differenz in Proz.
Amerik. Schmalz	0,85	0,75	0,10
Wasserschmalz	0,85	0,72	0,13
Kokosfett	0,58	0,55	0,03
Butter	2,20	1,85	0,35
Holl. Käse, 40proz.	1,15	0,90	0,25
Limburger	0,70	0,50	0,20
Schweizer Käse	2,20	2,10	0,10
Schweizer Käse II	1,70	1,50	0,20
Kartoffelmehl	0,30	0,22	0,08
Eier	0,12	0,10	0,02

Allein in dem halben Jahr vom 1. Oktober 1929 bis 1. April 1930 betrug nach statistischen Aufzeichnungen der Preisrückgang in 42 der wesentlichsten Artikel der Kolonialwaren- und Lebensmittelbranche darunter auch: Bohnen, Binsen, Erbsen, Reis, Kaffee, Kakao, Speiseöl, Salz, Soda, Zucker, Brot, Mehl, Seife usw.) nicht weniger als 7,7 Prozent. Diese 42 Artikel (zusammengenommen) kosteten am 1. Oktober 1929: 29,20 Reichsmark, am 1. April 1930: 26,94 Reichsmark.

Nach wesentlich ausgeprägter liegen die Verhältnisse im Textilwareneinzelhandel. So sind beispielsweise die Preise für Baumwollwaren seit 1929 um 6—8 Proz., für Leinenwaren um 8—10 Proz. und für Wolllwaren um 15—20 Proz. gesunken. Der Abbau ist ohne Unterbrechung konstant erfolgt. Die Preise in der Herren- und Damenkonfektion fielen seit 1928 um etwa 20 Proz., Schuhe wurden bis 25 Proz. billiger als 1928, in der Herrenhutbranche beträgt die Preisermäßigung in der gleichen Zeit 15—20 Proz., usw.

Die Vergleiche der jetzigen Preise mit den Vorkriegspreisen ergeben die überraschende Feststellung, daß bei einer ganzen Reihe von Artikeln, insbesondere bei Textilien und Fußbekleidung auf Grund der Rationalisierung und der technischen Fortschritte die Vorkriegspreise wieder erreicht sind. Bei den noch bestehenden Preisdifferenzen ist zu bedenken, daß die Ansprüche der Konsumenten an Qualität, Aufmachung, Form und Farbe erheblich gestiegen sind, so daß eine Verteuerung der Produktion auch ohne Berücksichtigung der sonstigen wirtschaftlichen Momente zwingend eintreten mußte.

Inwieweit diese „sonstigen wirtschaftlichen Momente“ — Mehrbelastung durch erhöhte Steuern, Lohnverhöhungen, Steigerung der Verkehrspreise sowie der allgemeinen Löhne usw. — auf die Preisgestaltung von Einfluß waren und sind, dürfte allgemein bekannt sein.

Der Einzelhandel hat alles Interesse daran, auf dem besten Wege des Preisabbaues weiterzuschreiten. Als letztes Glied in der Kette der Warenverteilung ist er aber unbedingt abhängig von den Maßnahmen der ihm vorgehenden Wirtschaftsstufen. Seitens Erzeuger, Fabrikanten und Großhandel die Preise — am Einzelhandel wird es gewiß nicht fehlen, in den Grenzen nachzufolgen, die ihm durch die allgemeine Aufhebung der Löhne vorgeschrieben sind. Für ihn ist es erster und letzter Grundsat: so preiswert wie irgend denkbar zu verkaufen und seinen Umsatz zu steigern, denn nur dadurch kann er sich seine Existenz erhalten.

Der deutsche Amerikaflyger Gronau ist nach einer durch den Nebel verursachten weiteren Zwischenlandung in Neuschottland am Montagabend (amerik. Zeit) in Halifax gelandet. Er will heute nach New York weiterfliegen.

Das Luftschiff „Oraf Juppelin“ ist von seiner Dispreußenfahrt am Montag nach Friedrichshafen zurückgekehrt und um 16.30 Uhr gelandet. Gegen Mittag hatte das Luftschiff, wie gemeldet, Prag überflogen.

Die Kommandosprache in Belgien. Der belgische Soldat Lecuw, der vom Kriegesgericht in Lüttich in erster Instanz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er auf einen in französischer Sprache erteilten Befehl den Gehorham verweigert hatte, ist jetzt vom Berufungsgericht Drüssel freigesprochen worden. Das freisprechende Erkenntnis besagt, daß Lecuw sich nicht geweigert habe, den Befehl an sich auszuführen, sondern die französische Sprache als Befehlssprache anzuerkennen. Für die Namen bedeutet die Freisprechung Lecuw's eine große Genugtuung.

Der Streik in Nordfrankreich soll weitergehen. Die Textil- und Metallarbeiter von Roubaix und Tourcoing haben die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Sie erklärten die Vorschläge der Arbeitgeber für keine tatsächlichen Konzessionen.

Sir Arthur Salters tritt, wie aus Genf gemeldet wird, als Direktor der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkervertrages zurück. Salters war seinerzeit Generalsekretär der Reparationskommission.

Zur Revolte in Peru wird ferner gemeldet: Staatspräsident Leguia ist zurückgetreten. Er hat sich an Bord eines Kreuzers nach Panama begeben. Die Regierung hat ein Militärskabinett unter dem Vorsitz des bisherigen Kriegsministers Carmiento übernommen. Die vorläufige Regierung hat den Belagerungszustand verfügt.

Zur Wahlbewegung

Deutsche Staatspartei und Sozialdemokratie

Der Gründer der Deutschen Staatspartei, Koch, entwickelte am Montagabend in Augsburg vor einem großen Zuhörerkreis das Programm der neuen Partei und kam hierbei auch auf das Verhalten der Staatspartei zur Sozialdemokratie zu sprechen. Er führte dazu u. a. aus:

Wenn die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit dem Vorwurf des Verfassungsverstoßes bestreitet, so sollte sie damit vorsichtiger sein. Es kommt vielleicht wieder eine Zeit, wo wir wie im Kapp-Putsch wieder einmal Schulter an Schulter mit ihnen stehen. Eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen kann die parlamentarische Situation nur verschlechtern. Der Sozialdemokratie kann nichts Unangenehmeres passieren, als mit Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrheit zu erlangen und tabuläre Anträge annehmen zu müssen: Sie ist auf ein Zusammengehen mit der Mitte angewiesen. Trotzdem lehnen wir es ab, den Wahlkampf unter der Devise „Befreiung von roten Ketten“ zu führen. Die Mitte soll sich selbst hart machen, um sich nach rechts und links durchsetzen zu können. Das ist die Hauptsache und der Anlaß zur Gründung der Deutschen Staatspartei. Reichsreform und Handelsvertragspolitik sind auf die Dauer nur zu machen, wenn sich die Mitte alle Koalitionsmöglichkeiten vorbehält.

Die Sozialdemokratie gehört zu den staatsbejahenden Parteien. Die Gruppen von Eugenberg und Hiller und die Kommunisten gehören nicht dazu. Eine kraftvolle Hand gegenüber den terroristischen Akten der Nationalisten ist notwendig. Das innerste Band, das uns zusammenhält, ist der Staatsgedanke. Wir sehen in dem Staat die erhabene Autorität, die uns unsere staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zumeißt. Unsere deutsche Jugend glaubt an den Staat. Sie gehört hinein in die aktive Politik. Das Volk will den Staat hinter den Parteien sehen. Volk und Staat müssen eins werden.

Die Versammlung wurde von Nationalsozialisten geleitet, die schon während der Rede Kochs durch fortwährende Zwischenrufe große Unruhe verursachten. Als nach den Reden die Versammlung das Deutschlandlied anstimmte, vollführten die Nationalsozialisten einen großen Lärm. Es kam zu einem allgemeinen Tumult, so daß das Polizeiaufgebot einschritt und gegen die Schreier mit dem Gummihüpfel vorging. Der Lärm setzte sich auf der Straße fort, doch ist es zu blutigen Zusammenstößen nicht gekommen.

Einheitsliste in Braunschweig gescheitert

GW. Berlin, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Wie dem „Vorwärts“ aus Braunschweig gemeldet wird, ist die für die Landtagswahlen angekündigte bürgerliche Einheitsliste von der Staatspartei bis zu den Deutschnationalen im letzten Augenblick gescheitert. Es haben Listen eingereicht: Die Staatspartei, die Volksrechtspartei, die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, die Kommunisten. Ferner ist eine Liste „Nationale Mitte“ und eine „Einheitsliste“ eingereicht worden.

Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht

Die national-sozialistische Zellenbildung in der Reichswehr

Das Reichsgericht wird sich im nächsten Monat mit einem außerordentlich interessanten Straffall beschäftigen. Der Prozeß dürfte wertvolle Aufklärungen über die nationalsozialistische Zellenbildung in der Reichswehr bringen.

Wie erinnerlich, wurden im Frühjahr d. J. in Ulm drei junge Reichswehroffiziere verhaftet: Oberleutnant Hans Wendt, Leutnant Richard Scheringer und Leutnant Hans Lubin, alle drei von dem in Ulm in Garnison liegenden Feldartillerieregiment 5. Oberleutnant Wendt hat inzwischen seinen Abschied genommen und ist Beamter bei der Nationalsozialistischen Partei in Kassel geworden. Den Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie erstens es verjücht haben, im Dezember 1929 in Ulm, Gannod, Berlin und Eisenach die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, zweitens den Versuch gemacht zu haben, Militärpersonen aufzufordern und anzuregen, ihren Vorgesetzten den Gehorham zu verweigern, drittens durch mündliche Äußerungen Mißvergnügen in Beziehung auf den Dienst unter ihren Kameraden erregt zu haben, viertens vorzüglich einen dienstlichen Befehl nicht befolgt und eine Gefahr für die Schlagfertigkeit der Truppe herbeigeführt haben.

Die Ermittlungen der Anklagebehörde haben ergeben, daß die drei Offiziere im Kreise ihrer Kameraden und anderer Bekannter oder Freunde vielfach politische Fragen besprochen haben, obwohl „Politik in der Reichswehr verboten“ ist. Sie haben bei ihren Unterhaltungen wiederholt die Auffassung vertreten, daß der Geist der Wehrhaftigkeit im Meer und Volk nicht genügend gefördert werde, und daß auf eine „nationale Erneuerung“ hingearbeitet werden müsse. Sie vertraten die Ansicht, daß die Politik der Reichsregierung und des Reichswirtschaftsministeriums diesen Bestrebungen abträglich sei, und daß nur die nationalen Verbände die nationale Erneuerung erreichen könnten. Als besonders verhängnisvoll wurde von ihnen und ihren Freunden der Rücktritt des Generals von Seck und des Reichswehrministers Gehler empfunden.

Am Tage Allerheiligen 1929 führten die Offiziere gemeinsam nach München und suchten dort den Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ auf, dem sie ihre Wünsche vortrugen. Bei einer mehrere Stunden währenden Unterhaltung kam man überein, daß die jungen Offiziere zunächst innerhalb ihres Truppenteils für den von ihnen ausgesprochenen Gedanken wirken, dann aber auch bei befreundeten Regimentern Anhänger werben sollten. Nach Ulm zurückgekehrt, begannen die Angeklagten im Sinne dieser Besprechung zu wirken und auch an anderen Orten für ihre Absichten sich zu betätigen. Durch die dienstliche Meldung eines ins Vertrauen gezogenen Offiziers erhielten die vorgezeichneten Kommandostellen Kenntnis von den Plänen, worauf die Verhaftung der nunmehr Angeklagten angeordnet wurde.

Der Prozeß wird voraussichtlich öffentlich verhandelt werden und mehrere Tage in Anspruch nehmen, da zahlreiche Zeugen geladen sind.

Der 13. Internationale Genossenschaftskongreß wurde in Wien eröffnet. Etwa 600 Delegierte aus allen europäischen und einer Reihe überseeischer Länder nahmen daran teil.

Der 10. Internationale Kongreß für Strafrecht und Gefängniswesen wurde in Prag eröffnet. Es sind 34 europäische und überseeische Staaten mit 600 Teilnehmern vertreten, desgleichen auch die internationale Kommission für Strafrecht und Gefängniswesen.

Das neue polnische Kabinett mit Piłsudski an der Spitze wurde vom Staatspräsidenten ernannt.

Neue Einrichtungen in Rußland. Nach einer Meldung der Tel.-Agentur der Sowjetunion wurden am Donnerstag neun Personen, die sich mit dem Kauf von Silbermünzen und ausländischen Devisen beschäftigten, und die gleichzeitig kontrarevolutionäre Gerüchte verbreiteten, vom Kollegium der staatlichen politischen Verwaltung zum Tode verurteilt; das Urteil wurde vollstreckt.

Aus den Ländern

Zum Rücktritt der bayerischen Regierung

Der bisherige bayerische Finanzminister, Dr. Schmeltz, hat das Ansehen der Bayerischen Volkspartei und der geschäftsführenden Staatsregierung, das Amt des Finanzministers weiter zu behalten, abgelehnt.

Die sozialdemokratische „Münchner Post“ bestätigt, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion selbstverständlich nicht im Traum daran denke, sich etwa mit den Nationalsozialisten oder Kommunisten wegen der Bildung einer Regierung ins Benehmen zu setzen. Eine Koalition aber mit dem Bauernbund samt Deutscher Volkspartei würde nicht die erforderliche Stimmenzahl erreichen, und die Bildung einer Minderheitsregierung ist in Bayern verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Ein neuer Ministerpräsident kann nur mit einer Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags gewählt werden. Daher wird wohl der Antrag zur Regierungsbildung sehr rasch wieder an den Landtagspräsidenten zurückgegeben werden. Bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten bleibt das Ministerium selbst als Geschäftsmministerium im Amt. Voraussichtlich wird der Landtag vor dem 14. September nicht mehr zusammentreten. Die Reichstagswahlen werden auch für den künftigen politischen Kurs in Bayern ausschlaggebend sein.

Kurze Nachrichten

Der frühere preussische Justizminister am Sehnhoff f. Im 76. Lebensjahr starb in Düsseldorf Dr. Hugo am Sehnhoff. Nach einer langjährigen Tätigkeit als Rechtsanwalt am Oberlandesgericht in Köln siedelte er im Jahre 1906 in gleicher Eigenschaft nach Düsseldorf über, wo er im Jahre 1913 zum stellvertretenden ersten Vorsitzenden der Anwaltskammer gewählt wurde. In den Jahren 1898 bis 1908 war er Mitglied der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages und 1899 bis 1918 des Reichstages. Von 1919 an war er preussischer Justizminister.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag. Ein Berliner Blatt wollte wissen, daß Rumänien den Handelsvertrag mit Deutschland kündigen werde. Von unterrichteter Seite wird hierzu darauf hingewiesen, daß mit Rumänien nur ein provisorischer Handelsvertrag besteht, der nach den Absichten beider Regierungen am 31. Januar durch ein Definitivum ersetzt werden soll. Die Verhandlungen hierfür waren für den Herbst vorgesehen. Es ist damit zu rechnen, daß sie planmäßig beginnen werden.

Verhaftung eines Separatistenführers. Der Kriminalpolizei in Karlsruhe ist es gelungen, den ehemaligen separatistischen Polizeiwachmeister Jakob Wagner, der seit dem Scheitern der Separatistenherrschaft außer Landes weilt, zu verhaften. Gegen Wagner liegt seit 1924 Haftbefehl der Staatsanwaltschaft vor, weil er bei dem Separatistenüberfall auf Lauterbach dort einen ihm in den Weg kommenden Arbeiter niedergeschossen hat. Die Tat fällt nicht unter die Londoner Amnestie.

Die reichseigenen Gebäude in Gernersheim nach der Bereinigung. Die dem bayerischen Staat gehörenden Gebäude in Gernersheim sind von der Reichsvermögensstelle fast vollständig zurückgegeben worden. Von den Besitz des Reiches bleiben nur noch 6 Wohnhäuser mit etwa 12 Wohnungen. Die Beamten verlassen Gernersheim am 1. Oktober, und es bleibt nur noch ein kleines Abwicklungskommando am Platze. Was Bayern mit den militärischen Gebäuden anfangen will, ist noch nicht bekannt. Die Stadtverwaltung Gernersheim beabsichtigt, einen Teil der Baulichkeiten zu erwerben, um der Industrie Anschließungsmöglichkeiten zu geben.

Weitere Kündigungen im Ruhrgebiet. Beim Stilllegungskommissar in Dortmund sind folgende Anträge auf Bergarbeiterentlassungen gestellt worden: Jede Bruchstraße (Westa) in Langendreer 250 Mann, Carolinengrund in Bochum 250 Mann, Brünzregent in Bochum 100 Mann. Die Kündigungen sollen am 1. September zum 15. September ausgesprochen werden. Bei der Gewerkschaft Ewald in Gerten sollen 900 Bergleute entlassen werden.

Todesursachen in Deutschland. Von den dreieinhalb Millionen Menschen, die jährlich in Deutschland sterben, entfällt jeder 14. Todesfall auf Lungentuberkulose, jeder 10. auf Krebs, jeder 20. auf Erkrankungen der Atmungs- und Verdauungsorgane, jeder 5. Todesfall erfolgt an Kreislaufkrankheiten; es starben an Krankheiten des Herzens und der Gefäße einschließlich der Schlaganfälle im Jahre 1926 fast 180 000 Menschen.

Kleine Chronik

Der Rechtsanwalt Dr. Fritz Siller, der nach Verübung größerer Betrügereien aus Stuttgart flüchtete, ist in der Ostschweiz verhaftet worden.

Der 45 Jahre alte Verwaltungsoberinspektor Georg Schmitt in Darmstadt ist wegen Unterschlagungen zum Nachteil des bayerischen Oberwaldklosters, die er als Kassierer im Laufe der letzten Jahre ausgeführt haben soll, in Untersuchungshaft genommen worden. Bis jetzt sind etwa 10 000 RM Fehlbeträge festgestellt. Auch soll Schmitt als verantwortlicher Kontrollbeamter der Stadt sich unberechtigte finanzielle Vorteile bei seiner Gehaltsberechnung verschafft haben.

Auf dem in Großenfee bei Hamburg gelegenen Festland des Kaufmanns A. E. Schliemann wurden unter dem Schlafzimmer und an Stellen außerhalb des Hauses Sprengkörper gefunden. Als Frau Schliemann auf einen solchen Sprengkörper gefaßt, explodierte dieser und verletzte ihr die rechte Hand. Schliemann hat vor einiger Zeit einen Expressbrief erhalten, in dem 25 000 Reichsmark gefordert wurden. Er sollte seine Bereitwilligkeit durch eine Zeitungsanzeige mit dem Stichwort „Ich komme“ zu erkennen geben.

In Wanne-Gidel sind etwa 50 Personen nach dem Genuß von Hackfleisch erkrankt.

Der zehnjährige Sohn eines Gutbesizers in Klein-Nährsdorf bei Nabeberg (Sachsen) ist von einem unbekanntem Dieb ermordet worden. Der Krabe hat offenbar den Täter bei einem Einbruchsvorgang überfallen.

Bei Stettin kenterte auf dem Haff ein Segelboot der Jungmarine. Sieben junge Leute sind ertrunken. Nur einer konnte sich an dem getenterten Boot festklammern und trieb über 12 Stunden im Wasser.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich in Polnisch-Oberschlesien auf dem Silberbrunnenschacht bei Antonienhütte in der Nähe von Katowitz, als plötzlich mehrere Pfeiler einstürzten, 14 Bergleute, die gerade dort beschäftigt waren, wurden durch die Gesteinsmassen abgetrieben. 9 Tote sind zu beklagen.

In der Nähe von Pau (Südfrankreich) stießen gestern ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. 31 Reisende wurden verletzt.

In Galatz (Rumänien) biß ein tollwütiger Hund eine junge Dame, bei der innerhalb zwei Stunden die furchtbare Seuche mit elementarer Kraft zum Ausdruck kam. Sie tannte durch die Straßen und brachte 15 Personen schwere Biß- und Kratzwunden bei. Dann starb sie unter furchtbaren Qualen. Bei zwei Personen ist der Zustand bedenklich.

Badischer Teil

Propagandawagen und Umzüge während der Wahlzeit

Der Minister des Innern hat die Bezirksämter angewiesen, in Fällen, wo die Gefahr von Zusammenstößen politisch gegenständig eingestellter Bevölkerungsteile besteht, die Benutzung von Propagandawagen oder den Besuch durch auswärtige Propagandawagen zu verbieten. Das gleiche gilt hinsichtlich der Veranstaltung von geschlossenen Umzügen, sei es, daß diese für sich oder im Zusammenhang mit Wahlfundgebungen veranstaltet werden.

Die Wahlbewegung in Baden

Der Reichsaußenminister spricht in Konstanz

Reichsaußenminister Dr. Curtius, der Spitzenkandidat der liberalen Parteien Badens, sprach Montagabend im überfüllten Konzilsaal zu Konstanz. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei führte Reichsaußenminister Dr. Curtius unter stürmischem Beifall u. a. folgendes aus:

Das Reich ist in Not, wirtschaftlich und politisch. Das Rettungswort der Reichsregierung ist von Hugenberg und Hitler, von den Sozialdemokraten und den Kommunisten verhindert worden. Die Reichsregierung ist entschlossen, es trotzdem durchzusetzen. Sie appelliert an das Volk und ruft alle auf, die gegen Radikalismus und Phantasterei, gegen neuen Umsturz und außenpolitische Abenteuer durch besonnenere Führung den abermals notwendigen Aufbau des Reiches, die Wiedergewinnung seiner vollen Freiheit unterstützen wollen. Es geht heute nicht um einzelne politische Probleme von noch so großer Bedeutung wie bei früheren Wahlen. Es geht um die Rettung des Reiches als solches. Das Defizit muß gedeckt, der Staat ausgeglichen werden. Reich, Wirtschaft und Volk hängen von der Ordnung der Reichsfinanzen ab.

Die Reichsregierung mußte daher noch einmal zu neuen Opfern von Steuern und Auflagen greifen. Sie hält aber an energischen Sparmaßnahmen im Reich durch starke Kürzung des Staats, an Sanierung und Reform der großen öffentlichen Verwaltungen, insbesondere der sozialen Gesetzgebung, und an der Neuordnung der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern fest. Sie bietet gleichzeitig der Wirtschaft ausreichende Hilfe. Der geordnete parlamentarische Gang muß auf Seiten der bürgerlichen Parteien mit größerer taktischen Einheiten eingeleitet werden als bisher. Nicht für alle, aber für viele Schäden der Vergangenheit, zum mindesten für die Verdröppelung der Reichsregierung, ist die Zersplitterung des Bürgertums verantwortlich. Der Gedanke der Sammlung werde nicht wieder zurückdrängen sein. Hat auch ein erster Anlauf zur Sammlung in Berlin zunächst nur Teilerfolge gezeitigt, das Ringen darum wird weitergehen. Wir in Baden und Württemberg waren in der glücklichen Lage, vermöge der besonderen politischen Lagerung der Verhältnisse einen entschiedeneren Schritt zur Sammlung zu tun. Wir sind überzeugt, daß die Einheitsliste der Volkspartei und Staatspartei ihre Anziehungskraft auf das Bürgertum nicht verfehlen, und besonders die nicht verfehlen wird, die in der Vergangenheit wegen der Zersplitterung unentschieden und verzögert beiseite standen.

Die Rat von Reich und Volk ist groß, jedoch besteht kein Anlaß zur Verzweiflung. Der feste Wille zur Rettung ist am Werke. Für die Überwindung der wirtschaftlichen Not steht ein erweiterter wirtschaftlicher Apparat zur Verfügung. An den großen nationalen Fragen unterstützt die überwältigende Mehrheit des Volkes eine zielbewusste nationale Verteidigungspolitik, die in organischer Fortentwicklung der bisherigen Verhältnisse zugleich der Verständigungsarbeit dient, eine Politik, die überall die deutschen Lebensnotwendigkeiten zur Geltung bringt und auch den Rat zur Gebuh besitzt. Alles das bietet Gewähr für die Möglichkeit, auch die gegenwärtige Krise in Wirtschaft und Reich zu überwinden.

Curtius wird am Samstag in Heidelberg im großen Saal der Stadthalle in einer von der Einheitsliste (Deutsche Volkspartei — Deutsche Staatspartei) einberufenen Versammlung sprechen.

Burgfrieden zwischen der Konservativen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, meldet: „Wie schon mitgeteilt wurde, hatte die Konservative Volkspartei Badens an die Deutsche Volkspartei das Angebot gerichtet, für die Zeit des Wahlkampfes Burgfrieden zwischen den beiden Parteien zu wahren. Die Deutsche Volkspartei hat nunmehr an die Konservative Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Wir sind selbstverständlich bereit, während des Wahlkampfes, im Interesse einer gedeihlichen Arbeit aller Regierungsparteien nach der Wahl, Burgfrieden zwischen Ihrer Partei und unserer Partei zu wahren. Wir haben darüber hinaus Ihre Anregung an die mit uns in Listenverbindung stehende Staatspartei mit dem Ersuchen weitergeleitet, sich unserem Schritte anzuschließen.“

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Weistiftmager Wilhelm Neuwiler in Pforzheim-Dillweihenfelden, der unter eigener Lebensgefahr einen Mann vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Orientexpress Paris—Wien

Einer der ersten überlandluxuszüge in Europa war der im Jahre 1883 von der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft gestellte Expresszug Paris—München—Wien—Budapest—Konstantinopel, — kurz Orientexpress genannt —, der mit besonders luxuriös und bequem ausgestatteten Schlaf- und Speisewagen den Reisenden die 2900 Kilometer lange Strecke ohne Umsteigen zurücklegen läßt.

Die der kürzesten Route folgende Verbindung zwischen dem äußersten Westen — ein Anknüpf von und nach London wurde bald darauf geschaffen — und dem Südosten Europas erstreckte sich so großer Beliebtheit, daß der ursprünglich nur dreimal wöchentlich fahrende Luxuszug später zum größten Teil der Strecke täglich verkehren mußte.

Der Krieg und seine Nachwirkungen verhinderte 10 Jahre lang den Betrieb dieser für Süddeutschland äußerst wichtigen Überlandverbindung, die erst dem Jahre 1924 ab wieder regelmäßig durchgeführt werden konnte.

Es zeugt von der großen Beliebtheit dieser alleingeführten, den kürzesten Weg benützenden Fahrgelegenheit, daß sie sich so rasch wieder ihre frühere gute Frequenz zurückeroberte, obwohl ihr unterdessen ernsthafteste Konkurrenz erwachsen war. Wenn der Orientexpress bislang nur dreimal wöchentlich, wie in den ersten Jahren nach seiner Einführung, verkehrte,

so muß jetzt angesichts seiner ständig ansteigenden Benutzung mit allem Nachdruck die Forderung erhoben werden, ihn auf der Strecke London—Budapest wieder täglich laufen zu lassen. Die tägliche Führung dieser Luxusverbindung ist für Süddeutschland von großer Wichtigkeit in fremdenverkehrs- und wirtschaftspolitischer Richtung.

Wir wollen hoffen, daß dieser berechtigete Wunsch die Unterstützung aller interessierten Kreise und Stellen findet.

Fernkraftposten Baden-Baden—Freiburg und Freiburg—Konstanz

Unter der Ungunst der Witterung ist bisher auch die Frequenz der neu eingeführten fahrplanmäßig bis Anfang September verkehrenden Fernkraftposten beeinträchtigt worden, ähnlich wie dies aus dem gleichen Grunde bei den alleingeführten Alpenposten in der Schweiz der Fall ist. Trotz der ungünstigen Verhältnisse ist jedoch das Bedürfnis für solche Fahrten unverkennbar. Mit Vollendung der Autohöhenstrasse im nördlichen Schwarzwald und nach Aufnahme der Fernkraftposten in den Kursbüchern ist daher bei günstigeren Wetterverhältnissen für Sommer 1931 eine befriedigende Entwicklung zu erwarten.

Aus der Landeshauptstadt

Ermäßigung der Zinssätze für städtische Bauhypotheken 1928 bis 1930 und Verminderung der städtischen Zinsbeihilfen 1928 bis 1930. Nachdem die städtische Spar- und Pfandkassette Karlsruhe den Zinssatz für 1. Hypotheken ab 1. August 1930 um $\frac{1}{2}$ v. H., nämlich von 8 v. H. auf 7 $\frac{1}{2}$ v. H., herabgesetzt hat, tritt auch ab 1. August 1930 eine Änderung in der Verzinsung der von der Stadt Karlsruhe seit dem Jahre 1928 gewährten Bauhypotheken und in der Höhe der Zinsbeihilfen ein. Die Bauhypotheken sind jenseits mit dem um die Zahl 1 vermehrten jeweiligen Sparkassenhypothekenzinssatz zu verzinsen, demnach seit 1. April 1930 mit $8 + 1 = 9$ v. H.; dieser Zinssatz ermäßigt sich nunmehr ab 1. August 1930 auf $7\frac{1}{2} + 1 = 8\frac{1}{2}$ v. H. Andererseits vermindern sich auch die den Eigentümern der neuen Häuser jeweils bewilligten Zinsbeihilfen der Stadt; diese Zinsbeihilfen entsprechen nämlich der Verzinsung einer bestimmten Summe, des sogenannten „Förderungsbeitrags“, zu dem jeweils um die Zahl 4 $\frac{1}{2}$ verminderten Sparkassenhypothekenzinssatzes für erste Hypotheken. Seither betrug die Zinsbeihilfe $8 - 4\frac{1}{2} = 3\frac{1}{2}$ v. H. des Förderungsbeitrags, ab 1. August 1930 sinkt die Zinsbeihilfe auf $7\frac{1}{2} - 4\frac{1}{2} = 3$ v. H. des „Förderungsbeitrags“.

Deutsche Pfalzweinpropagandafahrt. Im Laufe dieser Woche unternimmt der Verkehrsverein Neustadt a. d. S. in Verbindung mit anderen einschlägigen Organisationen eine Pfalzweinpropagandafahrt durch ganz Deutschland, wozu ein zu einem 2400-Liter-Faß umgebauter Kraftwagen, der in seiner Art sehr originell ist, benützt wird. Die Fahrt beginnt heute, Dienstag, den 26. August, über Germersheim, Bruchsal nach Karlsruhe, wo der Kraftwagen Mittwoch nachmittags 3 Uhr eintrifft und eine Rundfahrt durch die Straßen der Stadt unternommen wird. Ab 6 Uhr wird er vor dem Gasthaus „Zur alten Linde“, Ede Firtel und Adlerstraße, der allgemeinen Besichtigung zugänglich sein.

Gegen Biersteuererhöhung und Gemeindegetränksteuer wollen am Donnerstag (28. August) hier in der „Eintracht“ das gesamte Gaststättengewerbe und die mit ihm zusammenhängenden Gewerbebezüge eine Protestkundgebung veranstalten. In einer Versammlung des Gastwirtevereins Karlsruhe und Umgebung, in der der Verbandspräsident des badischen Gastwirteverbandes, Knobel, sprach, wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Hat die am 1. Mai d. J. in Kraft getretene Erhöhung der Reichsbiersteuer einen erschreckenden Konsumrückgang hervorgerufen, so werden neue Belastungen des Getränkekonsums zwangsläufig zu einer weiteren, ganz kolossalen Einschränkung des Verbrauchs führen. Die Mitglieder des Gastwirtevereins erblicken angesichts dieser neuen Sonderbelastung keine Möglichkeit, dem geschäftlichen Zusammenbruch zu entgehen und sind für den Fall der Durchführung einer Erhöhung der Biersteuer und Einführung der Gemeindegetränksteuer fest entschlossen, ihre Betriebe zu schließen und den Angestellten und Arbeitern zu kündigen.“

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das Zwischenhoch, das in den beiden letzten Tagen nach Mitteleuropa gewandert war, hat sich hier festgesetzt. Es liegt heute mit über 770 Millimeter Druck über Norddeutschland. Die Wetterlage hat somit eine durchgreifende Änderung erfahren, die für die nächsten Tage eine Periode heiteren und trockenen Wetters mit sommerlichen Temperaturen erwarten läßt. Wetterausblick: Seiter, trocken und tagsüber warm bei östlichen Winden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26 August		25 August	
	Beit	Dreit	Beit	Dreit
Amsterdam 100 G.	168.58	168.87	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.91	21.95	21.91	21.95
London . . . 1 Pf.	20.367	20.407	20.367	20.407
New York . . 1 D.	4.183	4.191	4.1825	4.1905
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.45	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	81.32	81.48	81.325	81.485
Wien 100 Schilling	59.135	59.255	59.115	59.235
Prag . . . 100 Kr.	12.419	12.439	12.411	12.431

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 26. Aug. hat sich in der dritten Augustwoche der Umlauf der Reichsbanknoten um 179,4 Millionen auf 4049,8 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 14,0 auf 385,2 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 44,9 Millionen auf 2975,1 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 21 000 auf 2619,0 Millionen Reichsmark abgenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 45,0 Millionen auf 356,1 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 61,9 Proz. in der Vorwoche auf 64,7 Proz., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 69,3 Proz. auf 73,5 Proz.

Sendungen nach der Schweiz richtig deklarieren! Es kommt immer wieder vor, daß bei Sendungen nach der Schweiz der Versender bzw. Deklarant von der schweizerischen Zollbehörde in Strafe genommen wird, weil die Sendung nicht richtig deklariert war. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem schweizerischen Zollrecht eine Zollübertretung schon dann vorliegt, wenn die Deklaration zu einer Schmälerung des gesetzlich geschuldeten Zollbetrages führt. Die Zollstrafe ist daher verfallen, auch wenn dem Deklaranten nicht nachgewiesen ist, daß er die Zollverwaltung hätte schädigen wollen. Es empfiehlt sich daher, sich vor dem Versand über die Zollsätze zu vergewissern.

Gemeinderundschau

Das städtische Kinderjungen- und -solbad in Bruchsal
 Eine soziale Einrichtung ist das städtische Kinderjungen- und -solbad in Bruchsal. Der Besuch an Kindern belief sich selbst an Regentagen bisher gegen 300, an Sonnentagen steigerte sich dieser bis auf 400 und auch 500 Kinder, die im Kreise ihrer Altersgenossen sich dem Spiel und Frohsinn hingeben. Die Kinder werden im Bad gespeist, und erhalten ungefähr 120 Kinder Fichtennadelbäder und Solbäder zu dem billigen Preis von 30 Pf. pro Tag. Die Aufsicht über die Kinder führen zwei Leiterinnen, denen 12 freiwillige Helferinnen zur Seite stehen. Es ist ein edles Werk, das hier die Stadt Bruchsal ausübt, denn in der Jugend liegt die Zukunft unseres Vaterlandes.

Bürgermeisterwahlen. In Mengen (A. Billingen) wurde Bürgermeister Martin Petlich einstimmig wiedergewählt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Adelsheim haben am Sonntag von 1051 Wahlberechtigten wiederum nahezu 70 Proz. abgestimmt. Stimmen erhielten: Bürgermeister Herrmann 308, Kuh, Gemeinderat, 234, Albert Graf 144. Danach ist auch aus dem dritten Wahlgang wieder kein Stadtverhauß hervorgegangen. Die Amtsgeschäfte müssen nun vorerst stellvertretungsweise weiterbesorgt werden, wenn nicht die Regierung von sich aus einen Bürgermeister einsetzt.

Die Mannheimer Eingemeindungsverhandlungen zwischen der Stadt Mannheim einerseits und den Gemeinden Sedenheim und Friedrichsfeld andererseits stehen zur Zeit recht günstig. Die zuständigen Körperschaften von Mannheim und Sedenheim werden bereits in der nächsten Zeit abschließende Beschlüsse zu fassen haben, so daß man in informierten Kreisen mit der Eingemeindung dieser großen Gemeinde für den 1. Oktober rechnen zu können glaubt. Auch die Verhandlungen mit Friedrichsfeld sollen, wie vermeldet wird, durchaus im Rahmen der Erwartungen verlaufen und einen baldigen positiven Abschluß als sicher erscheinen lassen.

Ein Mannheimer Tag in Schwetzingen. Am 7. September, den Sonntag vor der Reichstagswahl, werden die Städte und Verkehrsvereine Mannheim und Schwetzingen gemeinsam einen großangelegten „Mannheimer Tag in Schwetzingen Schloßgarten“ halten, geeignet, das alte Band Mannheim-Schwetzingen noch fester zu knüpfen. Die Behörden beider Städte werden teilnehmen und die Stadthäupter bei einer offiziellen Begrüßungsfeier zur Bürgererschaft reden.

Eine Stadt ohne Arbeitslose. Die Stadtverwaltung Wetzheim hat auf Grund des letzten Bürgerausschusses Beschlusses beschlossen, weitere Straßenzüge zu formalisieren und damit Arbeit für Arbeitslose zu beschaffen. In geschickter Arbeitsteilung hat man die Arbeitslosen so beschäftigt, daß es in Wetzheim augenblicklich keine wesentliche Zahl von Arbeitslosen geben soll.

Umlagefreie Gemeinde. Die Gemeinde Hornbach (bei Buchen) gehört zu den wenigen Gemeinden des Landes, die keine Umlage erheben müssen, trotzdem im letzten Jahre eine neue Kirche erbaut worden ist und der Neubau eines Schulhauses bevorsteht, dessen Baukosten in Höhe von 40 000 M. bereits vorhanden sind.

Die Arbeitslosigkeit im Mosbacher Bezirk. Im Arbeitsamtsbezirk Mosbach sind 3.364 Personen im Genusse der Unterstützung. Nach den Berechnungen des Amtes entfallen auf 1000 Einwohner des Arbeitsamtsbezirks Mosbach 7,3 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber nur 3,7 im vergangenen Jahre.

Der Bürgerausschuß Eppingen lehnte die beantragte Erhöhung des Steuergrundbetrages für das Grundvermögen um 25 Proz. mit 32 gegen 13 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Der Vorschlag für 1930/31 wurde in der vorgelegten Fassung mit 41 gegen 4 Stimmen angenommen.

Zur Frage der Stilllegung der Lokalbahn Brägingen—Wulfenbach weiß die Pforzheimer Presse zu melden, daß neuerdings Verhandlungen zwischen der Bahn und den beteiligten Gemeinden und Interessenten eingeleitet hätten. Hierin ist in den Kreisen der Hauptbeteiligten nichts bekannt. Im Gegenteil soll sich die Lokalbahnverwaltung mit der Reichspost wegen evtl. Ablösung der Bahn durch die Kraftpost in Verbindung gesetzt haben. In der vorigen Woche hat bereits eine Probefahrt stattgefunden, die aber wohl den Beweis erbracht haben dürfte, daß vor Ausbau der Straße Ulmendingen—Jittersbach an einen Kraftpostbetrieb nicht zu denken ist. Jedenfalls waren die badischen Orte Weiler und Jittersbach sowie das württembergische Ottenhausen und Niedelsbach ausgeschlossen. Alle Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß eine Erhaltung der Bahn unbedingt erstrebt werden muß. Sollte einmal eine Kraftpost an Stelle der Bahn treten, so hätte Pforzheim den größten Schaden davon, da dann die schon lange geplante Linie Neuenbürg—Büdingen und Kleinstenbach—Langensteinbach—Ettlingen das Hinterland abschneiden würde.

Der Bürgerausschuß Grünwettersbach lehnte den Vorschlag für das neue Rechnungsjahr ab, der eine Erhöhung der Umlage vorsch. Genehmigt wurde die Einführung der Hundsteuer und Erhöhung der Biersteuer auf Grund der Reichssteuerordnung.

Aus dem Kreis Gemeinderat. Der Gemeinderat in Rehl hat sich mit der Durchführung des Gas- und Wasseranschlusses für den Nebenort Sundheim einverstanden erklärt. Nach dem Kostenanschlag belaufen sich die Gesamtkosten auf rund 100 000 M. — Das städtische Schotterwerk, das bisher immer ein Stein des Anstoßes in dem Villenort auf der Kommissionsinsel war, soll nun, nach einer Absicht des Gemeinderates, nach einer anderen Stelle, wahrscheinlich nach dem Hafengebiet verlegt werden. Bei der Verlegung wird auch in Erwägung gezogen, das Werk in einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb umzuwandeln. — Wie mitgeteilt wird, wurde der Auftrag zur Erstellung einer neuen Brücke über den neuen Ringlauf der Rehl-Firma Büblin & Cie. erteilt.

Der Bürgerausschuß Ottenheim (Amt Lahr) hat den Vorschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 angenommen. Die Umlage ist mit 10 Pf. vom Grundvermögen, 4 Pf. vom Betriebsvermögen und 75 Pf. vom Gewerbeertrag sehr niedrig.

Um die Fluglinie Freiburg—Bellingen—Konstanz. Nachdem vom Stadtrat Bellingen die Bewilligung für Mittel der Fluglinie Freiburg—Bellingen—Konstanz für den Monat September vorläufig abgelehnt worden sind, sind nochmals Verhandlungen angebahnt worden, die darauf hinarbeiten, die gut frequentierte Linie doch noch im September befliegen zu lassen, was allgemein begrüßt wird.

75 Jahre städtische Sparkasse. Die städt. Sparkasse Waldkirch kann in diesen Tagen auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken.

Der Bürgerausschuß Randern stimmte mit großer Mehrheit der Einführung der Gemeindebesteuerung zu.

Der Kurbetrieb in Bad Dürrenheim. Der Monat Juli brachte in Bad Dürrenheim 2502 Neuankünfte von Gästen und insgesamt 47 682 Übernachtungen. Bis 31. Juli betrug die Zahl der angelommenen Gäste 6376 mit 163 021 Übernachtungen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ob. Waldbrunn, 23. Aug. Freitag vormittag verschied nach kurzem Krankenlager die älteste Einwohnerin hiesiger Stadt und wohl auch der nächsten und weiteren Umgebung, Frau Stadtkompteur Adam Schmitt Wwe., Anna Sophie geborene Heimann, geboren am 16. Dezember 1830 zu Waldbrunn, also im Alter von nahezu 100 Jahren.

Ob. Schriesheim, 23. Aug. In der hiesigen Gemeinde soll eine Gypsensiegelhalle errichtet werden. Als Siegelhalle wird die Eichhülle bestimmt. Eine Umpackungs- und Aufbereitungsstelle wird nicht errichtet.

Ob. Weibelsheim, 25. Aug. Die Abtei Neuburg beging gestern den Tag ihres 800jährigen Bestehens. Diese Jubiläumsfeier trug ganz internen Charakter — öffentlich war nur die feierliche Beyer in der Abtei. An dem Empfang nahmen teil der Erzbischof von Freiburg, der Erzbischof von Beuron, Staatspräsident Dr. Schmitt, Innenminister Wittmann und Oberbürgermeister Dr. Heimbach.

Ob. Wiesloch, 26. Aug. Dieser Tage hat die Landwirtschaftsschule Wiesloch in Sandhausen (Amt Heidelberg) das Auftreten von Peronospora an Blättern und Beeren vereinzelter Amerikaner festgestellt. Diese Feststellung ist sehr bedeutsam, da bisher die Amerikaner als peronosporafrei galt und dieser gefährlichen Blattkrankheit bisher unbekannt war.

Ob. Malschberg (bei Wiesloch), 23. Aug. Die in den hiesigen Weinbergslagen in großem Umfang angebauten Portugiesertrauben zeigen in diesem Jahre einen äußerst reichen und gesunden Bestand, der einen Portugiesertraubenertrag erwarten läßt. Die Portugieser haben dem Dorf einen Namen gebracht, und die Einwohner haben den Portugiesertraubenbau zum Teil zu ihrer Spezialität gemacht; das alljährlich gefeierte und gut besuchte Malschberger Portugieserfest ist zum Symbol dafür geworden.

Ob. Bühl, 21. Aug. Wie die „Bad. Nachr.“ erfahren, hat Kaufmann Dipl.-Handelslehrer Dr. Wilhelm Haack einen Ruf an die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt am Main erhalten und angenommen. Herr Haack, welcher bereits mehrere wissenschaftliche Werke geschrieben hat, ist erst 29 Jahre alt und somit der jüngste Dozent aller deutschen Universitäten.

Ob. Sausch, 24. Aug. Das Feinblechwalzwerk Wolf, Retter & Jakobi ist vorläufig stillgelegt worden, wodurch 120 Arbeiter ohne Verdienst sind.

Ob. Schopfheim, 26. Aug. Der an der Strecke Schopfheim—Säckingen gelegene Haltepunkt Brennet (Wehrthal) wird am 4. Oktober 1930 geschlossen.

Ob. Vornach, 25. Aug. Nach Abschluß einer nationalsozialistischen Wahlversammlung kam es auf dem Marktplatz zu einem größeren Aufruhr, so daß die Polizei eingreifen mußte und einige Verhaftungen vornahm.

Ob. Bellingen, 25. Aug. Die Ortskrankenkasse Bellingen beschloß in einer am Sonntag hier abgehaltenen Ausschußsitzung, die Beiträge der Mitglieder von 6 auf 5 1/2 Proz. ab 1. Januar 1931 herabzusetzen.

Ob. Ludwigshafen a. Rh., 25. Aug. Der Stadtkommissar von Ludwigshafen hat auf Grund der in Frage kommenden Paragrafen wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit für Dienstag, den 26. August, alle Versammlungen, Annehmlichkeiten, Umlage und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Bekanntlich findet am Dienstag im Eberpark eine Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, in der Hitler sprechen wird.

Öffentliche Sparkasse Halmersheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	M	Schulden:	M
1. Kassenbestand	2 420,25	1. Spareinlagen	135 497,51
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale usw.	8 087,85	2. Aufwertungsbeinlagen	48 151,92
3. Darlehen auf Hypotheken	54 599,—	3. Rücklage:	
4. Darlehen auf Schuldschein	35 990,—	gehehl. Reservefonds	5 936,77
5. Darlehen an Gemeinden usw.	41 819,25	4. Reingewinn vom Jahre 1929	4 201,07
6. Aufwertungsfordernngen	44 494,17		
7. Aufwertungsverrechnungsfondo	3 657,75		
8. Einnahmerückstände	2 714,—		
9. Gerätschaften	5,—		
	193 787,27		193 787,27

Berechnung der Rücklage:

Die gehehl. Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 135 497 M Einlagen = 10 839,76 M
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 10 137,84 M
 Somit weniger 701,92 M

Halmersheim, den 21. August 1930. O. 815

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: G. d. Der Rechner: R. ü. f. g.

Öffentliche Sparkasse Oestringen.

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	M	Schulden:	M
1. Kassenbestand	10 853,84	1. Spareinlagen	839 893,56
2. Postfischguthaben	4 823,28	2. Aufwertungs-	
3. Guthaben bei Banken und Girozentrale	35 455,11	spareinlagen	385 933,20
4. Wechsel	43 985,29	3. Giroeinlagen	95 306,64
5. Darlehen a. Hypotheken	535 586,26	4. Anlehens- und andere Schulden	154 289,62
6. Darlehen in laufender Rechnung	247 553,41	5. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	286 107,09	a) gefehl. Reservefonds	74 816,40
8. Darlehen an Gemeinden	55 200,—	b) Sonderrücklage	13 057,02
9. Aufwertungs-		6. Reingewinn vom Jahre 1929	10 269,91
fordernngen	307 229,66		
10. Einnahmerückstände	46 770,39		
11. Gebäude	1,—		
12. Gerätschaften	1,—		
	1 573 571,35		1 573 571,35

Berechnung der Rücklage:

Die gehehl. Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 935 205 M Einlagen = 74 816,40 M
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 93 143,33 M
 Somit mehr 23 326,93 M

Oestringen, den 1. August 1930. O. 814

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Heinzmann. Der Geschäftsführer: Förderer.

Ermäßigung der Bauhypothekenzinsen und Zinsbeihilfen der Stadt Karlsruhe.

Infolge Verabreichung des Sparzinsfußes für 1. Hypotheken der städt. Sparkasse Karlsruhe von seither 8 auf 7%, v. S. vermindern sich auch die Bauhypothekenzinsen und Zinsbeihilfen mit Wirkung vom 1. August 1930 an wie folgt:
 a) die Zinsen der Bauhypotheken 1928—1930 von bisher 9 auf 8%, v. S.;
 b) die Zinsbeihilfen 1928—1930 von bisher 3% auf 3%, v. S. des jeweiligen „Förderungsbeitrags“.
 Karlsruhe, den 21. August 1930. R. 546
 Der Oberbürgermeister.

Kommunaldarlehen
 vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
 Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Bayerische Geldlotterie zu Gunsten der Münchner Studentinnenhilfe, Verein Studentenhauß.

Ziehung 8. Juli. Es fielen folgende Gewinne nach Baden:
 1. Nr. 50 492 10 M., 53 443 5 M., 54 389 100 M., 70 678 5 M., 97 855 5 M., 120 107 5 M., 120 345 10 M., 120 357 10 M., 123 578 50 M., 148 150 5 M., 97 211 2 M.
 Endnummern zu 3 M. 190, 342, 503, 777.
 Endnummern zu 2 M. 006, 368, 889.
 Endnummern zu 1 M. 044, 056, 076, 102, 336, 383, 488, 490, 525, 630, 707, 719, 793, 807, 817, 869, 897, 926, 953, 972.
 R. 546

Rechts- u. Prozeßberatung, Durchführung aller Rechts- u. Streitsachen, Eintreiben von Forderungen, Buchführung auch auswärts zu kulant. Bedingungen
R. Anthony, Rechtsbüro, Karlsruhe
 Tullastraße 59, (Eingang Schückstraße)
 Sprechstunden von 3—6 Uhr nachmittags R. 544

Wanzen! Wanzen!

welch ein Schreck, mit SO2 schafft's Hüllstern weg
F. Hüllstern, Ungezie.-Vernicht.-Anstalt
 Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“
 Offenburg, O. 812 geb. Vetter geschiedene
 Güterrechtsregisteramt, 2 S. 498: Reinrad Stuber, Schreiner in Junsweiler, und Adelsfeld geb. Vetter geschiedene
 Juni 1930 Gütertrennung, Offenburg, 19. Aug. 1930.
 Bad. Amtsgericht III.

Bekanntmachung.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Wenbel, Marmorgeschäft in Karlsruhe, Klippurzer Straße 34, beträgt die Summe der Forderungen mit Vorrecht 262,53 M., die Summe der Forderungen ohne Vorrecht 13 683,29 M. und die zur Verteilung an die Gläubiger verfügbare Masse 1192,22 M. A. 823
 Karlsruhe, 27. Aug. 1930.
 Der Konkursverwalter:
 C. Schneider,
 Büchereiviertel,
 Klapprechtstraße 30.

O. 820. Offenburg. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Ignaz Kiefer, Schneidermeister in Ueloffen, wird Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über den Antrag des Konkursverwalters und Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse bestimmt auf: Dienstag, den 16. September 1930, vormittags 10 Uhr.
 Offenburg, 21. Aug. 1930.
 Bad. Amtsgericht I.
 Karlsruhe, O. 813
 Güterrechtsregisteramt.
 1. Zu Band I Seite 467: Hoffmann Emil, Schuhmadermeister, Karlsruhe, und Kofine geb. Dahl. Vertrag vom 3. Februar 1930. Gütertrennung. 19. 8. 1930.
 2. Seite 458: Martin Fridolin, Straßewart in Rörch, und Karoline geb. Eich. Vertrag vom 8. Juli 1930. Allgemeine Gütergemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Ehegatten.
 3. Seite 459: Dietrich Adam, Friseur in Karlsruhe, und Doris geb. Dahn. Vertrag vom 1. August 1930. Erbschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 21. 8. 1930.
 Amtsgericht Karlsruhe.